

## **NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG**

**Sitzungsnummer:** JHA/03/2004  
**Gremium:** Jugendhilfeausschuss  
**Tag:** Dienstag, 30.03.2004  
**Ort:** Konkordiastraße 23 - 25, KULTOPIA  
**Beginn:** 16:00 Uhr

### **A. TAGESORDNUNG**

---

#### **I. Öffentlicher Teil**

---

1. Mitteilungen
2. Anliegen der Jugendräte
3. Straßenkinder in Hagen  
Vorlage: 0170/2004
4. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit  
Hier: Kompensation ausfallender Landesmittel im Kontraktbereich Kinder- und Jugendarbeit, Maßnahme 55-M-17  
  
Vorlage: 0059/2004
5. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen  
Hier: Reduzierung Fahrtkosten MP 55 - M 10 MN  
  
Vorlage: 0064/2004
6. Resolution des Kinder- und Jugendhilfeausschusses
7. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses  
gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates

## B. SITZUNGSVERLAUF

---

### I. Öffentlicher Teil

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### 1. Mitteilungen

**Herr Steuber** teilt mit, dass das Sozialpädagogische Zentrum am 14.05.2004 um 14.00 Uhr offiziell eingeweiht würde. Eine entsprechende Einladung hierzu werde noch erfolgen.

Daneben habe inzwischen die Jugendhilfestation in Hohenlimburg eröffnet. Dort würden ambulante erzieherische Hilfen angeboten. Es handele sich hier um ein innovatives Projekt.

Ein weiteres Projekt laufe in Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaft. Das Konzept sei nach den Vorerfahrungen der Städte Wuppertal und Remscheid in ähnlicher Form für Hagen übernommen worden. Ziel sei eine möglichst zeitnahe Verknüpfung von Tat und Verhandlung bei straffälligen Jugendlichen. Eine Pressekonferenz hierzu sei geplant.

Im Bereich des Schulpsychologischen Dienstes hätten sich bereits Auswirkungen der Konsolidierungsbemühungen ergeben. Einsparungen seien erfolgt.

**Herr Steuber** appelliert an die Anwesenden, bis zum 19.05.2004 interessierte Personen für die Wahl als Jugendschöffen/innen vorzuschlagen. Weiterhin informiert er den Ausschuss darüber, dass ein neues Gesetz geplant sei, dass den bedarfsgerechten Ausbau von Kindergartenplätzen von Kindern unter 3 Jahren zum Inhalt habe.

**Herr Goldbach** kann die erfreuliche Mitteilung machen, dass im Rahmen des Städteförderprogramms für 2004 ein Zuschuss für die Stadt Hagen in Höhe von 684.000,- € bewilligt worden sei.

**Frau Hörschelmann** weist in diesem Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit im Jugendkommissariat auf den geplanten Diversionstag hin. Dieser finde am 26.05.2004 statt.

Ziel sei die Senkung der Jugendkriminalität. Die Zuständigkeiten seien genauso auf das Stadtgebiet zugeschnitten wie die der städtischen Regionaldienste.

**Herr Fischer** weist auf eine Postkartenaktion der AG „Rechtsextremismus“ der Hagener Kinder- und Jugendräte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hin.

Diese Postkarten lägen an Hagener Schulen und Einrichtungen aus.

Weiterhin teilt er mit, dass der Jugendring eine Auszeichnung für den lokalen Aktionsplan „Toleranz und Demokratie“ erhalten habe und überreicht der Vorsitzenden eine Kopie der Urkunde für die Unterstützung und Mitarbeit der Stadt Hagen.

## 2. Anliegen der Jugendräte

**Herr Rameswaran** berichtet, dass für die BMX-Fahrradanlage ein geeignetes städtisches Gelände an der Lennestraße in Halden gefunden worden sei. Aus Sicht des Forst- und Liegenschaftsamtes spräche nichts gegen das Vorhaben. Da Erdmodellierungen erforderlich seien, werde zur Zeit mit den Jugendlichen und einigen Eltern die Frage der möglichen Eigenleistungen erörtert. Einer der Väter besitze eine Bauunternehmung und habe seine Bereitschaft zur Unterstützung signalisiert.

Am 22. Januar habe eine Delegation von Kindern und Jugendlichen aus dem Jugendrat Haspe der Grundschule Kückelhausen und der Realschule Haspe je einen kompletten Klassensatz Bälle für den Sportunterricht übergeben. Es handele sich um einen Antrag an den Jugendrat aus dem Vorjahr.

Für den Schulhof des Theodor-Heus-Gymnasiums sei eine jugendgerechte „Lümmelbank“ finanziert worden, da hier nach Angabe der Schüler/innen Sitzgelegenheiten fehlten.

Zur Erweiterung der Spiel- und Sportmöglichkeiten im Bezirk sei im Februar auf dem Schulhof der Geschwister- Scholl- Schule eine Außentischtennisplatte aufgestellt worden. Diese könne nun in den Pausen von den Schülern genutzt werden und stehe im Nachmittagsbereich zur öffentlichen Verfügung.

In seiner letzten Sitzung im vergangenen Jahr wurde im Jugendrat Nord eine Prüfung beantragt, ob in Hagen (wie bereits in anderen Städten) die Einführung betreuter Schultoiletten möglich sei. Hintergrundgedanke dieses Antrages sei es gewesen, der Verschmutzung und Zerstörungswut einzelner Schüler beizukommen. Mehr Sicherheit, Komfort und Hygiene seien gefordert. Der Jugendrat Haspe habe sich diesem Antrag angeschlossen. Zwei Schulen seien für ein Pilotprojekt vorgeschlagen gewesen:

Die Luise- Rehling- Realschule und die Gesamtschule Haspe. Es habe bereits gemeinsame Gespräche mit den Schulleitern und dem Schulverwaltungsamt stattgefunden. Zur Zeit würden die Finanzierungsmöglichkeiten geprüft.

**Frau Wolff** regt an, für die Betreuung der Schultoiletten Schüler aus der Oberstufe einzusetzen.

**Frau Haack** schlägt alternativ vor, dass jede Toilettenbenutzung 10 Cent kosten könne.

Aufgrund einer Nachfrage von Frau Wolff bezüglich der Finanzierung der BMX-Fläche teilt **Frau Haack** weiterhin mit, dass im Zuge der Umgestaltung des Kinderspielplatzes Berchumer Straße das Beachvolleyballfeld ebenfalls an der Lenne errichtet werden solle. Dieses Projekt werde aus Landesmitteln finanziert. Eine entsprechende Vorlage des Grünflächenamtes zum Ausbau des Volleyballfeldes werde in der nächsten Sitzung dem Ausschuss vorgelegt.

**Herr Strüwer** zeigt sich befremdet darüber, dass die ursprüngliche Planung und Beschlussfassung des Ausbaus Kinderspielplatz Berchumer Straße ohne Wissen des Ausschusses in diesem Punkt geändert worden sei.

### 3. Straßenkinder in Hagen Vorlage: 0170/2004

**Frau Hamann** vom Diakonischen Werk erläutert zunächst die Vorlage, die einen Bericht aus der einjährigen Tätigkeit des Streetworkers beinhaltet. Die heutige Zielsetzung bestehe allein aus der Frage, wie diese Arbeit fortgesetzt werden könne, da die vorhandenen Mittel lediglich ausreichten, um das Projekt bis Ende Juni durchzuführen. Das Gehalt des Streetworkers sei während des gesamten Projektverlaufes nur durch Spenden finanziert worden.

**Herr Gehring**, der seit dem 01.04.2003 als Streetworker des Diakonischen Werkes für Straßenkinder in Hagen tätig ist, berichtet anschließend aus seinen Erfahrungen, die er mit den Kindern und Jugendlichen, die auf der Straße leben, gemacht hat. Er weist auf die Notwendigkeit seiner Tätigkeit hin, da die „herkömmlichen“ Jugendhilfeangebote diese Kinder und Jugendliche nicht erreiche. Einerseits gehe es darum, die Notlagen der Straßenkinder zu lindern, zum anderen müssten die Erziehungshilfeangebote den konkreten Bedürfnissen der Jugendlichen angepasst werden.

**Herr Strüwer** befürchtet, dass die Straßenkinder durch die bestehenden Angebote wie z.B. das des „Streetwork Cafes“ eher geneigt seien, in ihrer Lebenssituation zu verbleiben, als wenn es diese Angebote nicht gebe. Diese Sorge kann **Herr Gehring** klar ausräumen.

**Frau Wolff** verwehrt sich in ihrer Funktion als Lehrerin gegen die Aussage, dass sich die Schulen nicht um Schulverweigerer kümmern. Dies sei sehr wohl der Fall.

**Herr Dücker** betont, dass er diese Stelle für unabdingbar notwendig erachte und die Betreuung der Straßenkinder weiterhin erfolgen müsse.

Im Verlauf der weiteren Diskussion, an der sich die Herren **Bärenfänger, Schledorn, Siegler, Kirchhoff** und **Haensel** beteiligen, ist man sich einig, dass die Notwendigkeit dieser Tätigkeit besteht und die Erziehungsangebote im Hinblick auf die bestehende Praxis überprüft und passgenau und flexibel angepasst werden müssen.

**Herr Dr. Schmidt** bietet den freien Trägern an, Gespräche bezüglich der Fortführung der Streetworkerstelle zu führen.

In diesem Zusammenhang weist **Herr Steuber** darauf hin, dass die Budgetgespräche mit den freien Trägern nach Ostern in die zweite Runde gingen. Die Aufgabe könne im bestehenden Budget zu Lasten einer anderen verschoben werden. Dies erfordere jedoch einen entsprechenden Ratsbeschluss.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig

---

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

4. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit**  
**Hier: Kompensation ausfallender Landesmittel im Kontraktbereich Kinder- und Jugendarbeit, Maßnahme 55-M-17**  
**Vorlage: 0059/2004**

**Herr Kirchhoff** möchte wissen, ob alle Möglichkeiten, die Stellen doch noch zu erhalten, geprüft worden seien.

**Herr Steuber** weist in diesem Zusammenhang auf eine Mitteilung der Bezirksregierung Arnsberg hin, nach der es den Schulen durchaus im Rahmen ihres Budgets möglich sei, entsprechendes Personal einzustellen. Der Schulleiter des Käthe- Kollwitz- Berufskollegs wisse hierüber auch Bescheid.

**Herr Strüwer** lobt die Verwaltung. Der Kontrakt habe sich auch in schwierigen Zeiten bewährt. Das Verfahren sei sehr von Vertrauen geprägt. Die CDU-Fraktion sehe wohlwollend, dass keine direkten Einsparungen bei jungen Menschen vorgenommen worden seien. Eine Verlängerung des Kontraktes sei von ihr gewünscht.

**Herr Siegler** sorgt sich darum, dass Jugendhilfe nicht Schule finanziere, zumal die Grundförderung Jugendarbeit zurückgehe. Eine intensive Kooperation zwischen Schule und Trägern sei erforderlich. Die Budget- und Kontraktfortschreibung solle nach seiner Auffassung so rechtzeitig vorbereitet werden, dass dem Rat der Vorschlag für die gesamte Legislaturperiode vorgelegt werden könne.

**Herr Fischer** bittet, dem Land zu signalisieren, dass die Kommune gezwungen war, auf die Streichung des Landeszuschusses zu reagieren und die Stellen nunmehr wegfallen lassen muss.

**Herr Dr. Schmidt** erklärt, dass es nicht Aufgabe der Jugendhilfe sein dürfe, Schulen zu bezahlen.

**Herr Goldbach** nimmt Bezug auf den Landesjugendplan, in dem eine Kooperation von Schule und Jugendhilfe bereits verankert ist. Ein Wirksamkeitsdialog fände bereits in der AG I statt.

### **Beschluss:**

Das Gremium Jugendhilfeausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Die Maßnahme „Sozialpädagogische Betreuung im Übergang Schule / Beruf“ im Umfang von 2 Stellen wird eingestellt.**
- 2. Die Anzahl der Bezirksjugendpfleger wird von 5 Stellen auf 4,5 Stellen reduziert.**

### **Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

5. **Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen  
Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen  
Reduzierung Fahrtkosten MP 55 - M 10 MN**

**Vorlage: 0064/2004**

**Frau Wolff** begrüsst die zu diesem Tagesordnungspunkt erschienenen Mütter und erteilt einer von ihnen das Wort.

Die von der geplanten Einsparung betroffene Bürgerin schildert die Problematik aus ihrer Sicht und bittet den Ausschuss, die von ihr vorgetragene Argumente bei der zu treffenden Entscheidung zu berücksichtigen.

**Herr Dr. Schmidt** schlägt vor, Fahrgemeinschaften zu bilden, bei denen man sich mit dem Fahrdienst abwechsele.

**Frau Kurte** fragt sich, ob nicht eventuell die Möglichkeit bestünde, dass die Kindergartenkinder den Schulbus mitbenutzen würden und dabei von einer erwachsenen Person begleitet würden.

Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Herren **Kirchhoff, Siegler, Strüwer und Fischer** beteiligen, ist man sich darüber einig, dass der Anteil der bisher von der Stadt Hagen übernommenen Transportkosten sehr hoch sei. Gerade vor dem Hintergrund der einen Tagesordnungspunkt zuvor eingesparten Stellen sei es nicht vertretbar, diesen Zuschuss aufrechtzuerhalten.

**Beschluss:**

Das Gremium Jugendhilfeausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen:  
Der Transport von Kindergartenkindern aus Dahl und Priorei zum Ev. Kindergarten „Im Bollwerk“ wird im neuen Kindergartenjahr ab 1.08.2004 eingestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

## 6. Resolution

Herr Fischer beantragt, die folgende Resolution als Tagesordnungspunkt 6 dem Ausschuss zur Abstimmung vorzulegen.

### **Beschluss:**

Das Gremium Jugendhilfeausschuss empfiehlt, folgenden Beschluss zu fassen: Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss der Stadt Hagen begrüsst den Erfolg der Volksinitiative „Jugend braucht Zukunft“ der Arbeitsgemeinschaft Haus–der-Offenen-Tür NRW und erwartet vom Landtag eine Debatte über die gesetzliche Sicherung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen, mit dem Ziel, die Kinder- und Jugendförderung in Nordrhein-Westfalen gesetzlich zu garantieren.

Die Anzahl der Unterschriften im Rahmen der Volksinitiative landesweit dokumentiert eindrucksvoll, dass die Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung besitzt.

Da der Anteil des Landesjugendplanes am Gesamthaushalt des Landes lediglich 0,2 % ausmacht, erwartet der Kinder- und Jugendhilfeausschuss vor dem Hintergrund seiner großen Bedeutung für die Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in unserem Land, dass dieser von jeglichen Kürzungen ausgenommen wird.

Die Fraktionen der Regierungskoalition erklärten, der verabschiedete Landeshaushalt solle keine Infrastruktur zerschlagen. Die vom Landtag beschlossenen Kürzungen führten bereits zu Schließungen von Einrichtungen der Jugendarbeit, zur Entlassung von sozialpädagogischen Fachkräften und zur Reduzierung von Öffnungszeiten und Angebotsstunden für Kinder und Jugendliche. Weitere unverantwortliche Strukturzusammenbrüche sind für weite Teile der Kinder- und Jugendarbeit zu erwarten.

Die vom Landtag zu Beginn des Jahres 2004 beschlossenen Kürzungen für die Haushaltsjahre 2004 und 2005 müssen im Rahmen eines Nachtragshaushaltes des Landes umgehend zurückgenommen werden.

**Abstimmungsergebnis:**

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

---

Dafür: \_\_\_\_\_

Dagegen: \_\_\_\_\_

Enthaltungen: \_\_\_\_\_

**7. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates**

Auf Anfrage teilt **Herr Machatschek** mit, dass der Verband der islamistischen Kulturzentren e.V. (VIKZ) inzwischen einen Antrag auf Nutzungsänderung der Räumlichkeiten beim Bauordnungsamt gestellt habe.

Der Ausschuss würde über die weitere Entwicklung auf dem Laufenden gehalten.

Ende des öffentlichen Teiles: 18:05 Uhr

**C. ANWESENDE**

---

<b>Name</b>		<b>Teilnahme</b>
Frau Andree, Renate		ja
Burghardt, Christa		ja
Herr Bürgermeister Dücker, Viktor	FDP	nein
Herr Finkensiep, Michael		ja
Herr Fischer, Frank		ja
Herr Flader, Wilfried über das Amt f. Schulverw. und Hochschulwesen		nein
Herr Gebauer, Michael	Caritas	ja
Herr Grevelhörster, Thomas	CDU	nein
Herr Pfarrer Haensel, Thomas	Diak. Werk	ja
Herr Halfter, Michael		ja
Herr Heer, Hubertus		nein
Frau Heukeroth, Helga	GRÜNE	nein
Frau Hirsch, Marina		nein
Herr Hover, Thomas	A W O	nein
Frau Hörschelmann, Hildegard		ja
Herr Irmak, Özgür		nein
Herr Kirchhoff, Peter		ja
Herr Dr. Koch, Gerhard		nein
Herr Krippner, Mark		nein
Herr Kruska, Siegfried		nein
Frau Kurte, Hildegard	CDU	ja
Herr Ludwig, Rüdiger	GRÜNE	nein
Herr Röspel, Wolfgang	CDU	ja
Herr Schledorn, Jörg	SPD	ja
Schulz, Ingrid		ja
Herr Schurgacz, Johannes		ja
Schütte, Hans		ja
Herr Siegler, Georg		ja
Herr Steuber, Gerd Fachbereich Jugend & Soziales Stadt Hagen		ja
Herr Strüwer, Wilhelm	CDU	ja
Herr Söhnchen, Sven	SPD	nein
Herr Tomm, Harald		nein
Herr Weiß, Karl Arbeitsamt Hagen	Arbeitsamt	nein
Frau Wolff, Irmgard	SPD	ja

---

Gez. WolffFrau Irmgard Wolff  
Vorsitzende

---

Gez. KrauseFrau Krause, Sabine  
Schriftführerin